

Europäische Strategie für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen

„Vor 20 Jahren wurde das Thema bei uns noch völlig ausgeblendet“

Das Europäische Parlament will die EU-weite Strategie für Menschen mit Behinderungen vorantreiben.

Um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz haben, möchte das Europäische Parlament

die EU-weite Strategie für Menschen mit Behinderungen vorantreiben und Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, Armut und Diskriminierung angehen. Wir haben deswegen eine Entschließung dazu verabschiedet. In dieser ist es uns

meiner Meinung nach gelungen, die bereits erreichten Fortschritte, aber auch die noch bestehenden Schwachstellen im Bereich der europäischen Politik für und mit Menschen mit Behinderungen aufzuzeigen und uns neue Ziele für die Arbeit nach 2020 zu stecken. Ich denke, wir sollten es zu unserem Grundsatz machen, im Rahmen der alltäglichen Arbeit stets auf die Rechte und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu achten und

weiter daran zu arbeiten, dass sich ihre selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen verbessert.

Dabei ist es einfach nur ehrlich, den Betroffenen klarzumachen, dass es die riesigen Fortschritte nicht über Nacht gibt. Wir haben es mit einem Entwicklungsprozess zu tun. Ich erinnere mich sehr gut, vor 20 Jahren wurde dieses

Thema im Europäischen Parlament noch völlig ausgeblendet. Heute sprechen wir über eine ganze Strategie zugunsten von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und das Thema ist im Bewusstsein aller EU-Abgeordneten angekommen! Ist

! **Mein Infobrief bald auch in Leichter Sprache:** Nicht nur, aber auch als Antwort auf die „Europäische Strategie für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen“ werde ich meinen Infobrief ab Januar teilweise in Leichter Sprache herausgeben. Jeder erste Infobrief im Monat wird eine Seite enthalten, die speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Lernschwierigkeiten zugeschnitten ist. Damit möchte ich erreichen, dass so viele Menschen wie möglich von meinen Informationen aus Brüssel profitieren können. Die vereinfachte Sprache erleichtert aber nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten, sondern auch Menschen in Deutschland und anderen Ländern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die Teilnahme am öffentlichen Leben.

das nicht ein Erfolg auf ganzer Linie?

Es gibt viele Punkte in der neuen Strategie für Menschen mit speziellen Bedürfnissen, die ich außerordentlich begrüße. So zum Beispiel die Forderung, wonach die europaweite Notrufnummer 112 für alle Menschen, auch für die Menschen mit einer Behinderung, zugänglich gemacht werden muss. Das war mir ein Herzensanliegen seit vielen Jahren!

Vereinfachtes Importzollsystem gestartet: Die EU-Kommission hat ein EU-weites elektronisches System zur vereinfachten Importerlaubnis von verschiedenen Waren auf den Weg gebracht. Mit dem „EU Trader Portal“ können Unternehmen 22 verschiedene Zollanträge regeln. Durch das vereinfachte System gelangen die Waren schneller und billiger zum Verbraucher. Mehr Informationen und den Link zum Portal finden Sie hier: <http://bit.ly/2AXffR>

Aus dem Europäischen Parlament

Vertiefung der EU-Wirtschafts- und Währungsunion wie von Merkel und Macron vorgeschlagen

„Ein Europäischer Währungsfonds muss unabhängig sein“

Die EU-Kommission will die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vorantreiben und reagiert damit auf Anregungen aus vielen Mitgliedstaaten. Präsident Junckers Weißbuch zur Zukunft Europas trägt erste Früchte! Die EU-Kommission hat vier Initiativen vorgeschlagen, darunter die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), der auf der bewährten Struktur des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fußen soll. In den letzten Jahren hat der ESM eine entscheidende Rolle bei der Sicherung der Stabilität des Euro-Währungsgebiets gespielt, indem er Mitgliedstaaten mittels Kredite dabei unterstützt hat, den Zugang zu den Märkten für Staatsanleihen aufrechtzuerhal-

ten beziehungsweise zurückzugewinnen. Er steht derzeit ausschließlich unter der Kontrolle der EU-Staaten (und nicht der EU!), die einem Einsatz einhellig zustimmen müssen. Über die Vorschläge werden wir im Parlament mit Sicherheit kontrovers diskutieren. Die Idee eines EWF ist in meinen Augen aber gar nicht so von schlechten Eltern. Voraussetzung ist allerdings, dass er – ganz nach dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds – unabhängig ist. Denn der EWF darf keine Milliardenverteilmaschine für die EU-Kommission und ihrem Gutdünken unterworfen sein! Deswegen sollten wir die Vorschläge der Kommission jetzt gründlich prüfen und keine vorschnellen Entscheidungen treffen.

Ländlicher Raum und ELER: Nun endlich muss die EU-Kommission tätig werden!

Rechnungshof fordert Vereinfachung des ELER-Antragsverfahrens

Bei der Umsetzung des Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) knirscht es gewaltig. Das bestätigen mir Antragsteller und das erlebe ich als Mitglied meiner lokalen ELER-Aktionsgruppe. Zu diesem Ergebnis kommt natürlich auch der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs über das neue Planungsverfahren für ELER. Das (Antrags-) Verfahren ist zu lang und zu komplex und weist Mängel auf, die sowohl die Leistung als auch die Ergebnisse beeinträchtigen. Die nationalen Behörden müssen der EU-Kommission umfangreiche Bewerbungsunterlagen vorlegen und damit einen gewaltigen Verwaltungsaufwand betreiben, um die inhaltlichen Anforderungen für die Projektgenehmigung zu erfüllen. Der Rechnungshof schlägt daher für das nächste Programmplanungsverfahren vor, das Verfahren zu vereinfachen und die Zahl der Anforderungen zu verringern. Damit soll eine Konzentration auf Leistung und Ergeb-

nisse erleichtert werden. Für das Programm ELER sind im Zeitraum 2014 bis 2020 fast 100 Milliarden Euro Fördermittel eingeplant. Aus diesem Fonds werden insbesondere zentrale kommunale Aufgaben im ländlichen Raum gefördert, einschließlich der Vorarbeiten wie Analysen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen oder Erhebungen. Gefördert werden unter anderem Maßnahmen zur Bewahrung und Entwicklung der Dörfer als Wohn-, Sozial- und Kulturraum, zur Erhaltung des Orts- und Landschaftsbilds (zum Beispiel die Umnutzung von Gebäuden landwirtschaftlicher Betriebe), die Erhaltung und Gestaltung landschaftstypischer Bausubstanz, Investitionen in die Freizeitinfrastruktur, die Wiederherstellung historischer Gartenanlagen und Kulturlandschaften und erstmals jetzt auch der Ausbau schneller Datennetze, vorwiegend zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken beim Netzausbau durch (private) Betreiber.

Konsultation zur EU-Visapolitik: Die EU-Kommission möchte ein möglichst breites Bild von den Ansichten über die gemeinsame EU-Visapolitik bekommen. Insbesondere wer in den letzten fünf Jahren Erfahrungen mit der EU-Visapolitik gesammelt hat, ist eingeladen, seine/ihre Meinung abzugeben. Die Beiträge sollen helfen, Vorschläge für eine bessere Vereinbarkeit von Migration, Sicherheit und Grenzverwaltung mit den Vorteilen eines erleichterten Visums und visafreien Reiseverkehrs (zum Beispiel für grenzüberschreitende Jugendprojekte) zu entwickeln. Sie können sich an der Konsultation bis zum 2. Februar über folgenden Link beteiligen: <http://bit.ly/2ADswzq>

Aus dem Europäischen Parlament

Einsatzreserve „rescEU“ geplant

EU-Einsatzreserve soll Hilfe bei Naturkatastrophen verbessern

Naturkatastrophen wie Überflutungen, Waldbrände oder Erdbeben haben die EU-Staaten in den vergangenen Jahren häufiger getroffen als früher. Auch ich fordere, dass die EU den Betroffenen in ihrer Notlage künftig schneller hilft. Dazu hat die EU-Kommission die Stärkung des europäischen Zivilschutzmechanismus vorgeschlagen. Kern ist die Einrichtung einer durch die Kommission verwalteten Notfall-Einsatzreserve unter dem Namen „rescEU“. Vorgehalten werden sollen etwa Flugzeuge zur Bekämpfung von Waldbränden, spezielle Wasserpumpen, mobile Lazarette, medizinische Notfallteams sowie Such- und Rettungstrupps. Das Europäische Parlament unterstützt die Vorschläge! 2017 starben in der EU über 200 Menschen bei Naturkatastrophen, und mehr als eine Million Hektar Wald wurden vernichtet. Besonders schlimm wüteten die Waldbrände in

diesem Jahr nach einer Hitzewelle und trockenen Winden in Portugal und Spanien. Die örtlichen Feuerwehren und Retter wurden durch Helfer aus anderen EU-Staaten unterstützt, etwa durch Löschflugzeuge aus Spanien und Frankreich. Das bei der EU-Kommission angesiedelte Notfallhilfe-Koordinierungszentrum (ERCC) half bei der Vermittlung und bei der Erstellung von genauen Waldbrandkarten über das EU-Erdbeobachtungssystem Kopernikus. Die Helfertrupps müssen jedoch immer erst in anderen Mitgliedstaaten aufgestellt werden, bevor sie einsatzbereit sind. Das wird besonders dann zum Problem, wenn mehrere Staaten gleichzeitig Hilfe brauchen. Die Tragödien des vergangenen Sommers haben gezeigt, dass unser derzeitiges, auf Freiwilligkeit beruhendes Katastrophenbewältigungssystem an seine Grenzen stößt.

Weltweiter Steuermissbrauch: EU-Mitgliedstaaten kommen einer Forderung aus dem Europäischen Parlament nach

Minister veröffentlichen „schwarze Liste“ nicht kooperativer Staaten

Die Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf die erste EU-Liste nicht kooperativer Steuergebiete geeinigt. Insgesamt haben sie 17 Länder aufgezählt, die die vereinbarten Standards für gute Regierungsführung im Steuerbereich nicht eingehalten haben. Auf der Liste stehen unter anderem Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Panama. Darüber hinaus haben sich 47 Länder nach Rücksprache mit der EU verpflichtet, Mängel in ihren Steuersystemen zu beheben und die geforderten

Kriterien zu erfüllen. Diese weltweit einmalige Liste soll dazu beitragen, den massiven Steuermissbrauch zu verhindern, der in den jüngsten Skandalen wie den „Paradise Papers“ aufgedeckt wurde. Der Listenprozess ist dynamisch angelegt: Es können weitere Länder aufgenommen werden, aber auch Länder wieder gestrichen werden, sobald sie ihre Verpflichtungen erfüllen. Ob es wohl auch Mitgliedsländer der EU auf diese Liste „schaffen“? Vorerst fehlte der Ministerriege wohl der Mut dazu!

EU-Fahrgastrechte auf dem Prüfstand

Europäischer Rechnungshof ruft Bürger zur Mithilfe auf

Der Europäische Rechnungshof führt eine Prüfung zu den Fahrgastrechten in der EU durch. Er will wissen, ob die EU-Fahrgastrechte wirksam durchgesetzt werden und ob die EU-Kommission die Anwendung dieser Rechte in den Mitgliedstaaten angemessen überwacht und auf aufgetretene Probleme reagiert hat. Im Rahmen dieser Prüfung wird eine Online-Befragung durchgeführt, um den Kenntnisstand der Bürger in Bezug auf ihre Rechte bei Reisen zu

bewerten und Informationen über ihre Erfahrungen einzuholen. Jeder, der in den letzten zwei Jahren auf Reisen mit dem Flugzeug, Schiff, Bus oder Zug innerhalb der EU Erfahrungen als Fahrgast gesammelt hat, ist eingeladen, unter dem folgenden Link an einer Online-Befragung teilzunehmen: bit.ly/ECAPassengerSurvey. Das Ausfüllen des Fragebogens, der in sämtlichen EU-Sprachen verfügbar ist, dürfte höchstens zehn Minuten in Anspruch nehmen.

Neue ICE-Strecke Berlin – München jetzt in Betrieb: Thüringer LINKE hat Trassenbau jahrelang bekämpft **„Zur Streckeneröffnung stand Ramelow jedoch ganz vorn!“**

Die Deutsche Bahn feierte sich, die Politik der Bundes- und Länderebene feierte sich! Zu Recht? Einerseits ja, Großes wurde geleistet! Bürgerinnen und Bürger können nun in weniger als vier Stunden von München nach Berlin fahren. Ja auch aus verkehrstechnischer Sicht: Schließlich ist die Summe der Streckentunnel größer als der Brenner-Basis-Tunnel. Andererseits nein: Ein Realisierungszeitraum von 27 Jahren ist einfach zu groß. Schuld daran hat auch der

heutige Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow und seine Partei. Sie haben den Bau der Trasse bekämpft und um etwa zehn Jahre verzögert, ich schätze, ihn damit um zehn Milliarden teurer gemacht! Zur Streckeneröffnung stand Ramelow jedoch ganz vorn! Es war wie zu tiefsten DDR-Zeiten! Damals wie heute wurden die Unbeteiligten ausgezeichnet, die Gegner als Redner eingeladen und die Macher blieben unerwähnt!

Weihnachtsfeier mit der Senioren-Union Weimar

Meine erste Weihnachtsfeier, die ich traditionell für Thüringer Vereine und Organisationen ausrichte, fand dieses Jahr am 4. Dezember im Sophienhaus in Weimar statt. Eingeladen war die Senioren-Union Weimar. Leider konnte ich aufgrund der Sitzungen im Brüsseler Parlament nicht an der Veranstaltung teilnehmen, aber meine Mitarbeiterin Monika Eickstädt (Foto) hat mich wunderbar vertreten! Dafür möchte ich ihr noch einmal ganz herzlich danken. Etwa 50 Gäste waren meiner Einladung gefolgt und haben bei Kaffee und weihnachtlichem Gebäck die Zeit für einen Plausch genossen und gemeinsam Adventslieder gesungen. Oberin Beate vom Sophienhaus hielt die Andacht anlässlich der Veranstaltung.



„Werkstatt Vielfalt“ für lebendige Nachbarschaft

Junge Menschen in Deutschland wachsen in einer Gesellschaft auf, die so bunt und vielfältig ist wie nie zuvor. Kontakte zwischen Menschen aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen oder religiösen Milieus sind von grundlegender Bedeutung für das gegenseitige Verständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier setzen die Projekte der »Werkstatt Vielfalt« an: Sie bauen Brücken zwischen Lebenswelten. Sie tragen zu einer lebendigen Nachbarschaft in der Gemeinde oder im Dorf bei. Sie sorgen dafür, dass Vielfalt zur Normalität wird. Die Robert Bosch Stiftung fördert solche Projekte mit bis zu 7000 Euro. Einsendeschluss für die nächste Auswahlrunde ist der 15. März. Mehr Informationen unter: https://www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/werkstatt_vielfalt/programmuebersicht/

Erfolgreich Auszubildende rekrutieren

Für Unternehmen ist es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, geeignete Fachkräfte zu finden. Das gilt auch für Auszubildende. Doch was können Unternehmen tun, um Auszubildende zu gewinnen und als Fachkräfte zu binden? Mit dieser Frage setzte sich die Strategische Partnerschaft »StartApp« auseinander und erarbeitete unter anderem ein Rekrutierungshandbuch für kleine und mittlere Unternehmen. Eine kurze Anfrage an info@kos-qualitaet.de genügt, und Sie erhalten das digitale Handbuch »Auszubildende finden und binden. Ein Rekrutierungshandbuch für kleine und mittlere Unternehmen« kostenfrei zugesandt. Kernstück des Handbuchs ist ein innovatives Azubi-Rekrutierungsmodell, das unterschiedliche Phasen, Regeln und Instrumente für die Praxis umfasst.

Service und Termine

★ **COST-Informationsveranstaltung**

Die deutsche Koordinationsstelle für das EU-Rahmenprogramm COST (Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie) bietet am 23. Januar in Bonn eine eintägige Informationsveranstaltung zu COST an. Die Teilnehmenden erhalten Tipps zur Antragstellung und werden zu Beteiligungsregelungen sowie zur Durchführung einer COST-Aktion informiert. Infos und Anmeldung unter: <http://www.cost.dlr.de/cost-informationsveranstaltung-januar2018.php>

★ **Preis für regionales Engagement von KMU**

Der Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung „Mein gutes Beispiel“ möchte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) würdigen, die gesellschaftliche Herausforderungen angehen und sich für das Gemeinwesen engagieren. Bewerbungen sind bis zum 13. Januar möglich unter: www.mein-gutes-beispiel.de

★ **Seminar „Horizont 2020 für Einsteiger/innen“**

Am 1. Februar führt das Bundesministerium für Forschung und Bildung speziell für Einsteiger ein Seminar zu „Horizont 2020“ in Bonn durch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen bei der eintägigen Veranstaltung die allgemeinen Strukturen, Ziele und Inhalte von Horizont 2020, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, kennen. Es werden ebenfalls Basisinformationen zu den Beteiligungsregeln und der Antragsvorbereitung vermittelt. Für das Seminar wird eine Teilnahmegebühr erhoben. Anmeldung und Info unter: <http://www.eubuero.de/seminar-einstieg.htm>

★ **Europäischer Schülerwettbewerb 2018**

Das Motto des 65. Europäischen Wettbewerbs für Schüler lautet „Denk mal – worauf baut Europa?“. Der Wettbewerb für alle Schularten und Altersklassen ist diesmal an das EU-Jahr zum kulturellen Erbe angelehnt, mit altersgerech-

ten Aufgabenstellungen für Kinder und Jugendliche aller Schularten von der ersten Klasse bis zum Abitur. Die Ausschreibung finden Sie hier: <http://bit.ly/2vFWsHq>

★ **Strategische Partnerschaften in der Berufsbildung**

Die Teilnahme an internationalen Projekten wirkt sich positiv auf das Image und die Attraktivität Ihres Unternehmens oder Ihrer Institution aus. Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung zeigt mit einem Video, dass das Beantragen von Fördermitteln im europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ viel einfacher ist, als Sie vielleicht denken: <http://bit.ly/2i17cLF>

★ **Förderprogramm „European for Peace“**

Das Förderprogramm „European for Peace“ lädt Projekte mit einem oder mehreren internationalen Partnern ein, sich 2018 und 2019 zu bewerben. Das Thema lautet „Celebrate diversity! Youth exchange for all“. In den Projekten können Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenarbeiten. Vielfalt wird im internationalen Austausch erlebbar, im Kennenlernen der Länder und Kulturen und der gemeinsamen kreativen Projektarbeit. Projektvorhaben aller Schulformen und diverse Gruppen sind besonders eingeladen, eine Förderung zu beantragen. Bewerbungsfrist ist der 22. Januar. Informationen und Antragsunterlagen gibt es hier: www.europeans-for-peace.de

★ **Austausch berufsbildender Schulen mit den USA**

Um den Austausch von Auszubildenden mit den USA zu erhöhen und den internationalen fachlichen Austausch der Lehrkräfte zu fördern, vergibt die Joachim Herz Stiftung Fördermittel von bis zu 5.000 Euro an Berufsbildende Schulen, sodass diese eine Schulpartnerschaft mit einem College in den USA einrichten oder fortführen können. Der Antrag wird auf der Homepage der Stiftung gestellt: <http://bit.ly/2AfWxFq>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU